

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 43 (1949)
Heft: 10

Rubrik: Schweizerische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Einen realistischen Ausweg aus dieser ganzen gefahrenschwangeren Lage sehe ich nur auf einer doppelten Linie: einerseits in einem freilich erst noch zu organisierenden Widerstand der europäischen Völker gegen die Teilnahme an irgendeinem neuen Krieg, andererseits in der geduldigen, aber vertrauensvollen und von kommunistischer wie von antikommunistischer Leidenschaft gleich freien Arbeit an der Herbeiführung eines friedlichen Zusammenlebens der östlich-kommunistischen mit der westlich-bürgerlichen Welt, so wie sie auch die von mir bereits erwähnte Denkschrift der amerikanischen Quäker anregt. Hier, in der Bewältigung dieser Aufgabe, muß sich die wirkliche Dritte Kraft entfalten und bewähren. Ob wir imstande sind, die uns aufgetragene Arbeit auch an die Hand zu nehmen und den Weg ins Freie noch rechtzeitig zu öffnen, das ist nun allerdings die große Frage. An ihrer Lösung oder Nichtlösung wird sich das Schicksal des Abendlandes in der kommenden Geschichtsperiode entscheiden.

5. Oktober.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Eidgenössisches Das öffentliche Leben der Schweiz bietet in diesen sonst so besonnenen Herbsttagen ein eher düsteres Bild. Das politische Hauptproblem der Eidgenossenschaft, die *Bundesfinanzreform*, ist andauernd Gegenstand eines ebenso zähen wie unrühmlichen Markts, über dessen vorläufiges Ergebnis erst im nächsten Heft berichtet werden kann, bei dem aber, besonders infolge des Abschwinkens der Freisinnigen nach ganz rechts, wahrscheinlich die hartgesotenen «Föderalisten» und sonstigen besitzsteuerscheuen Patrioten den Hauptprofit einkassieren werden. Inzwischen hat durch die überraschende Annahme des Volksbegehrens für «Rückkehr zur direkten Demokratie» (am 11. September) der Bundesrat vom Volk eine erste Quittung für seinen Antrag vom 22. Juni bekommen, die Übergangsordnung für den Finanzhaushalt des Bundes auf das Vollmachtenrecht zu gründen und das Volk gerade für fünf Jahre von aller Mitsprache auszuschließen. Die Initiative richtete sich zwar nicht gegen das Vollmachtenregime an sich; sie bewirkt nur, daß Vollmachtenbeschlüsse der Bundesversammlung höchstens noch für ein Jahr gefaßt werden können und innerhalb dieses Zeitraumes der Volksabstimmung unterbreitet werden müssen. Aber das — wenn auch nur mit knappem Mehr ausgesprochene — Nein des Volkes — soweit man von «Volk» reden kann, wenn nur 46 Prozent der allein stimmberechtigten männlichen Bevölkerung zur Urne gegangen sind — war dennoch ein unzweideutiger Protest gegen den Vollmachtenunfug überhaupt und sollte trotz der unbefriedigenden Fassung des Initiativtextes eine Mahnung an Bundesrat und Bundesversammlung sein, in beschleunigtem Tempo auf den ordentlichen Rechtsweg zurückzukehren. Zusammen mit der Verwerfung des Tuberkulosegesetzes und des Notenbankartikels

Presse sozusagen totgeschwiegen wird. — Auch Roger Garaudy gibt in seinem (freilich vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus geschriebenen) Buch «L'Eglise, le Communisme et les Chrétiens» (Editions Sociales, Paris, 64. Bd. Auguste Blanqui) viel wertvolles Material über die politische Rolle der römischen Kirche, wobei er nicht versäumt, zu zeigen, daß der Vatikan auch «eine sehr große kapitalistische Macht ist, ein Trust oder genauer eine internationale Riesenholdinggesellschaft».

vom 22. Mai unterstreicht die jüngste gegen «Bern» gerichtete Volkskundgebung aber aufs neue die Tatsache, daß über unserem ganzen öffentlichen Leben ein ausgesprochenes Malaise liegt, ja daß sich die eidgenössische Politik in einer Krankheitskrise befindet, die nur durch die Aufrufung der gesündesten Volkskräfte überwunden werden kann.

Zürcherisches Am selben 11. September, der die eidgenössische Abstimmung sah, sind auch auf zürcherischem Boden zwei denkwürdige Volksentscheide gefallen. Wie zu erwarten stand, ist bei der *Ersatzwahl in den Ständerat* im zweiten Gang Gottlieb Duttweiler gewählt worden. Und zwar scharte der Migrosdirektor noch mehr Bürger um sich als das erstmal, wobei wiederum die sozialdemokratischen Wähler massenhaft die Parteiparole — für den Bauernkandidaten — in den Wind schlugen und für den «Konsumentenpolitiker» und «Dynamiker» Duttweiler demonstrierten. Wenn wir auch diese Flucht zu Duttweiler lebhaft bedauern und überzeugt sind, daß sich die Enttäuschung früher oder später einstellen wird, so halten wir es doch für gänzlich verfehlt, die Ablehnung der «rot-grünen Allianz» durch mindestens die Hälfte des sozialdemokratischen Parteivolkes als bloßen Ausdruck des «Unverständs der Massen» hinzustellen, die eben den großen Gedanken der Zusammengehörigkeit von Bauer und Arbeiter noch nicht begriffen hätten und erst zur rechten «Grundsätzlichkeit» erzogen werden müßten. Nein, darum ging es wirklich nicht! Denn mit der *heutigen* Bauernführung ist in der Schweiz eine saubere Bundesgenossenschaft für eine sozialistische Partei, die noch wirklich auf Grundsätze hält, nun eben einfach nicht möglich, auch wenn der Bauernvertreter, der in Zürich für den Ständerat kandidierte, persönlich für die Gedanken der sozialen und politischen Reform noch so offen sein mag. Das haben Zehntausende von Sozialisten recht klar empfunden. Um sie bei der Fahnenstange zu halten, genügt es nicht, den Duttweilerschreck zu entfachen; dazu gehört schon eine volkstümlichere, konsequentere, viel stärker auf das sozialistische Ziel ausgerichtete Politik, als sie der saturierten Führungsschicht besonders der zürcherischen Sozialdemokratie zurzeit eigen ist.

Ähnliches gilt auch für die Niederlage, welche die Sozialdemokratische Partei in der Stadt Zürich bei der Neuwahl des Stadtpräsidenten und eines Mitgliedes des Stadtrates — für den verstorbenen Dr. Lüchinger — am gleichen Tag erlitten hat. Auch hier drang als Stadtrat der Kandidat des Duttweilerschen Landesrings durch und als Stadtpräsident derjenige des Freisinns, der tatsächlich von sämtlichen bürgerlichen Parteien unterstützt wurde. Wie schwer der Rückschlag für die Sozialdemokratie ist, die am 11. September 1949 nicht nur das Stadtpräsidium, sondern auch die so lange innegehabte Mehrheit im Stadtrat verloren hat, das geht schon daraus hervor, daß der sozialdemokratische Kandidat für den Stadtrat (von dessen Einstellung zum Sozialismus man sich übrigens erstaunliche Dinge erzählt) mit seinen 27 000 Stimmen, trotz der mächtigen Zunahme der Bevölkerung, auch der Arbeiterbevölkerung, nicht einmal mehr die Stimmen bekommen hat, die — es waren ihrer mehr als 29 000 — Anfang 1928, also vor über 20 Jahren, beim ersten Einbruch der Linken in die bürgerliche Front für den damaligen sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben wurden, während die bürgerlichen Parteien gegenüber 1928 fast 30 000 Stimmen hinzugewannen. Das ist längst nicht mehr mit einer «Abwanderung der rein industriellen Bevölkerung» zu erklären, wie dies das «Volksrecht» versuchte, aber auch nicht durch den Hinweis auf den Antikommunismus des Bürgertums, der eben auch den demokratischen Sozialismus treffe. Denn es ist ja wirklich nicht bloß Antikommunismus, was jetzt das Herz des braven Bürgersmannes schwellt und seinen Kopf benebelt; es ist ausgesprochene *Gegenrevolution* und *Reaktion* ganz allgemein, also auch *Antisozialismus*, ja Feindseligkeit gegen soziale Reformen überhaupt, was zurzeit die Politik der bürgerlichen Parteien kennzeichnet, wie das die Erfahrung in allen Ländern um uns herum und in anderen Erdteilen eindeutig beweist. Will man also diese Tendenz nicht noch weiter stärken und unter ihr immer mehr leiden, dann darf man nicht gleichfalls hemmungslos auf die Kommunisten, die Sowjetunion und die Volksrepubliken einhauen, um ja seine eigene demokratische Wohlanständigkeit recht eindrücklich zu bekunden; das vermag unser Bürgertum niemals zu größerer Milde und Schonung gegenüber der Sozialdemokratie zu bewegen, erweckt in ihm viel-

mehr nur Verachtung und treibt es erst recht an, alles, was nach Planwirtschaft, Sozialreform und Antikapitalismus aussieht, gründlich «in den Topf zu hauen». Distanzierung von den Kommunisten — schön und recht. Man wird damit aber nur dann nicht zum Zutreiber des konservativen Bürgertums werden, wenn man mindestens ebenso scharf von den Parteien der Rechten Abstand hält, wenn man also — schließlich steht an der Spitze des Parteiprogramms so etwas wie Schaffung einer sozialistischen Ordnung als Hauptziel der Bewegung — sein Bedürfnis nach «Kompromißlosigkeit» und «Grundsätzlichkeit» vor allem einmal durch eine im besten Sinn radikale, kämpferische Haltung gegenüber allem kapitalistischen Werk und Wesen auslebt. Nur solche Gesinnung wird der sozialistischen Bewegung die Widerstandskraft und Siegesgewißheit zurückgeben, deren sie auch bei uns in so schmerzlich hohem Grade verlustig gegangen ist.

Klerikales Wie stark die soziale Reaktion zurzeit Oberwasser hat, ersieht man nicht allein aus dem Leidensweg der Bundesfinanzreform, aus der Verwerfung des Tuberkulosegesetzes und dem Ruck nach rechts, der fast bei jeder Wahl zum Ausdruck kommt; man wird darauf auch gestoßen durch die nun zustandegewordenen Referenden gegen das Beamtengesetz und die Wohnungsbausubventionen, durch die neue Staatsschutzvorlage, die immer höher geschraubten militärischen Rüstungen — der erste Entwurf des Bundesbudgets für 1950 soll nicht weniger als 650 Millionen Franken Militärausgaben vorgesehen haben, gleich 240 Millionen mehr als der Voranschlag für das laufende Jahr — und ähnliche Erscheinungen. Und wie im Ausland, so nimmt in der gesamtreaktionären Bewegung auch bei uns der politische Katholizismus eine führende Stellung ein. Bundesrat Etter rief am Schweizerischen Katholikentag sicher mit gutem Bedacht einem «engeren Zusammenschluß aller Christusgläubigen» — der natürlich unter katholischem Patronat zu vollziehen wäre — für die «Verteidigung der christlichen Grundlagen des wirtschaftlichen, sozialen, geistigen und politischen Lebens» (wo sind sie?), so wie sie von Kardinal Mindszenty, Erzbischof Stepinac und anderen Bischöfen und Priestern geführt werde, «die den Kreuzesweg bereits gegangen sind oder noch gehen werden». Und mit Recht konnte Papst Pius XII. in seiner Radioansprache an die Luzerner Versammlung die Schweizer Katholiken erinnern:

«Die soziale Umschichtung eures Volkes hat auch euch umgeschichtet, fast mehr als die anderen. Wo ihr vor hundert Jahren überhaupt nicht in Erscheinung tratet, seid ihr heute in großer Zahl und unter guter Führung zur Stelle, und das gerade in den Hochburgen der Wirtschaft und Kultur eures Vaterlandes. Macht euch geltend, euer Recht und euren inneren Reichtum, in Gesetzgebung und Verwaltung, Ehe und Familie, Erziehung und Schule, in der Rettung der Erwerbstätigen vor dem Absinken in den gottlosen Materialismus!» (Das muß man unseren K.-K.-Leuten nicht zweimal sagen. Neuestes Beispiel ihres Geltungswillens: die Durchdrückung der Wahl von Regierungsrat Gschwind, eines höchst mittelmäßigen, aber eben von Rom her erleuchteten Kopfes, zum Generaldirektor der Bundesbahnen, wobei Herr Philipp Etter sicher sehr kräftig mitgeschoben hat.)

Die konservativen und traditionalistischen Kräfte, die die «Erwerbstätigen» (dachte der Papst vor allem an die Arbeiter?) vor dem «Absinken in den gottlosen Materialismus» bewahren wollen, wie ihn Rom eben versteht, diese Kräfte sind in der Tat auch in der Schweiz äußerst planmäßig und energisch am Werk; die unheilige Dreieinigkeits von Weihwedel, Säbel und Kassenschrank ist auch unter uns mächtiger denn je, während im Gegenlager Uneinigkeit, Unklarheit über Ziel und Weg und oft eine erstaunliche Energielosigkeit, ja Gleichgültigkeit herrschen. Kann es da anders sein, als daß der äußere Erfolg — der zwar wirklich nicht alles ist — eben auch denen zufällt, die wissen, was sie wollen, und wollen, was sie wissen? «Die Dümmeren», so meinte Carl Hilty, «sind unstreitig die, welche 70 und 80 Jahre lang durch das menschliche Leben pilgern, ohne jemals mit sich einig geworden zu sein, ob sie das eine oder das andere wollen. Und zu diesen Unweisen, die denn auch gewöhnlich zu gar nichts kommen, gehört merkwürdigerweise ein sehr großer Teil der heutigen ‚gebildeten‘ Gesellschaft.»

5. Oktober.

Hugo Kramer.